

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten
Bekanntmachung.**

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Tätigkeit des Auftraggebers: *Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus-
oder Busdienste*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Neubeschaffung Außenanzeiger Variobahn

Beschreibung: Beschafft werden sollen Außenanzeiger für die Variobahn gemäß
Vergabeunterlagen.

Kennung des Verfahrens: 71631148-3186-4432-97c1-1c5acddb430f

Interne Kennung: 239-25-E11

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Lieferungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 34990000 *Ausrüstung für Kontrolle, Sicherheit,
Signalisierung und Beleuchtung*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Mannheim

Postleitzahl: 68305

NUTS-3-Code: *Mannheim, Stadtkreis (DE126)*

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 760.000 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Neubeschaffung Außenanzeiger Variobahn

Beschreibung: Beschafft werden sollen Außenanzeiger für die Variobahn gemäß Vergabeunterlagen.

Interne Kennung: c03d811c-7eb9-423b-8c32-741a56fa2c70

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Lieferungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 34990000 *Ausrüstung für Kontrolle, Sicherheit, Signalisierung und Beleuchtung*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Mannheim

Postleitzahl: 68305

NUTS-3-Code: *Mannheim, Stadtkreis (DE126)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 05/01/2026

Enddatum der Laufzeit: 30/04/2032

5.1.4 Verlängerung

Verlängerung - Maximale Anzahl: 0

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe

des Angebotes
keine Verpflichtungen, Dritten solche
Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.
Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen
(etwa gegenüber
Stellen der Börsenaufsicht,
Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche
Offenlegungspflichten
bestehen gegenüber ausländischen
Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle
auf die
gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen
der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.
Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort
schriftlich
benachrichtigen, wenn sich hierzu eine
Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine
Notwendigkeit oder
Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche
hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen
Vertraulichkeit
hindern könnte.
Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter
als schützenswert
ansehen würde oder die als vertraulich
gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die
während einer
mündlichen Präsentation oder Diskussion
bekannt werden.
Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung
der Verpflichtungen
aus dem Vertrag eingesetzt werden.
Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits
rechtmäßig
bekannt sind oder außerhalb des Vertrages
ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ausschlusskriterium

Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des
Mitglieds der
Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist,
rechtskräftig verurteilt oder wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße
nach § 30
des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten
rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a

des Strafgesetzbuchs
(Bildung terroristischer
Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und
terroristische Vereinigungen
im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der
Teilnahme an
einer solchen Tat oder wegen der
Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass
diese finanziellen
Mittel ganz oder teilweise dazu
verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz
2 Nummer
2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig
erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den
Haushalt
der Europäischen Union oder gegen Haushalte
richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet
werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat
gegen den
Haushalt der Europäischen Union oder gegen
Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag
verwaltet
werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im
geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von
Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und
Bestechung), jeweils
auch in Verbindung mit § 335a des
Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung
(Bestechung
ausländischer Abgeordneter im
Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a
des Strafgesetzbuchs
(Förderung des
Menschenhandels).
Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach
vergleichbaren
Vorschriften anderer Staaten gleich. Das
Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen
zuzurechnen,

wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden?
Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:
Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlu

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Befindet sich das Unternehmen in einer der folgenden Situationen?

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der

die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer
für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des
Vergabeverfahrens
beeinträchtigen könnte und der
durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss
nicht wirksam
beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen
bereits in die
Vorbereitung des Vergabeverfahrens
einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere,
weniger einschneidende
Maßnahmen als einen
Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung
eines früheren
öffentlichen Auftrags oder
Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies
hat zu
einer vorzeitigen Beendigung, zu
Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder
Eignungskriterien eine schwerwiegende
Täuschung begangen oder
Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen
Nachweise
zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen
Auftraggebers
in unzulässiger Weise zu beeinflussen
oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es
unzulässige
Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen
könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende
Informationen
übermittelt, die die Vergabeentscheidung
des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat
versucht,
solche Informationen zu übermitteln.
Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als drei Jahre ab dem Tag des betreffenden Ereignis vergangen?
Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und
seit dem Tag
des betreffenden Ereignis weniger als drei
Jahre vergangen sind:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden,
weil in einer
Anlage Gründe dargelegt werden, die

dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen
gem. §125 GWB?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Liegt ein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor?
Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vor?
Liegt ein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vor?
Liegt ein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vor?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise nicht wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ist Ihr Unternehmen im Handelsregister eingetragen?
Hinweis: Sofern Ihr Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist (z.B. bei Einzelunternehmern), erfolgt eine gesonderte Aufklärung. Bitte halten Sie eine Begründung bereit, warum keine Eintragungspflicht besteht.
Ist ein Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) beigelegt?***
Hinweis: Wenn kein Auszug beigelegt wurde, ist ein Nachweis über die Beantragung beizulegen.
Der Auszug ist nach Erhalt unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachzureichen.
Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Der Bieter bestätigt, dass er über eine bestehende und gültige Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.
Bitte legen Sie einen Nachweis über die bestehende Versicherung bei.
Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:
• € 3 Mio. für Sach- und Vermögensschäden
• € 3 Mio. für Personenschäden
Nachzuweisen ist dies durch eine gültige Versicherungspolice, die die entsprechenden Deckungssummen für den Auftragsfall bestätigt.

Bitte beachten Sie: Ein Hinweis auf der Versicherungspolice, dass sich die Versicherung automatisch verlängert, wird nicht akzeptiert.

Es muss eine aktuelle Fassung der Versicherungspolice vorgelegt werden. Ist die Versicherungspolice zum Nachweis der zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

Der Bieter verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung,

für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3 Mio. für Sach- und Vermögensschäden
- € 3 Mio. für Personenschäden

Nachzuweisen ist dies durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung,

dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird.

Ist die Versicherungspolice oder eine Bereitschaftserklärung des Versicherers zur

Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens

(Dritter/Nachunternehmer) in

Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens

(qualifizierter Nachunternehmer)

benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers

in Anspruch nehmen will. Entsprechende

Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie

sie für den Bewerber vorzulegen wären.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten

Nachunternehmers nachweisen,

dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt

werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für

die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung

aber nicht in Anspruch nehmen will,

müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Forblätter zur Verfügung gestellt.
Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten
eines anderen Unternehmens
(Dritter/Nachunternehmer)
in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte
Formblätter als Anlage
bereitgestellt?

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen*

Beschreibung: Der Bieter bestätigt hiermit, dass die Leistungen gemäß den
nachfolgenden Vorschriften
ausführt werden und eine entsprechende unterschriebene Bescheinigung
hierüber dem
Angebot beilegt wird:

DIN EN 50155:2022-06: Bahnanwendungen - Fahrzeuge - Elektronische
Betriebsmittel

DIN EN 50121-3-2:2017-11: Bahnanwendungen – Elektromagnetische
Verträglichkeit - Teil

3-2: Bahnfahrzeuge - Geräte

DIN EN 50343:2014-09: Bahnanwendungen - Fahrzeuge - Regeln für die
Installation von
elektrischen Leitungen

DIN EN 45545-1:2013-08: Bahnanwendungen - Brandschutz in
Schienenfahrzeugen - Teil

1: Allgemeine Regeln

DIN EN 45545-2:2023-12: Bahnanwendungen - Brandschutz in
Schienenfahrzeugen - Teil

2: Anforderungen an das Brandverhalten
von Materialien und Komponenten

Materialien sind nach Gefährdungsstufe HL2 herzustellen

DIN EN 61373:2011-04: Bahnanwendungen - Betriebsmittel von
Bahnfahrzeugen - Prüfungen

für Schwingen und Schocken,

Kategorie 1 Klasse A

VDV 300 - Integriertes Bordinformationssystem (IBIS)

VDV 301 - Internetprotokoll basiertes integriertes Bordinformationssystem
IBIS-IP

(inkl. aller zugehörigen Teilschriften der VDV 301)

Eine Nichtbeantwortung der Frage oder die Vorlage fehlerhafter Unterlagen
im Falle

einer Nachforderung kann zum Ausschluss
führen.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die
erforderlichen finanziellen

und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.
Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.
Es gelten folgende Grenzen:
Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz
(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 31/10/2025 09:00 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/307392e8-2eb6-47e3-acfe-81177ed00153>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/307392e8-2eb6-47e3-acfe-81177ed00153>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 24/11/2025 09:00 +01:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 29 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: keine

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: keine

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 GWB lautet wie folgt:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierungspräsidium Karlsruhe

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Identifikationsnummer: 2fc34120-26f7-4d02-ab0d-daf834df2c20

Abteilung: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

Postanschrift: Möhlstr.27

Ort: Mannheim

Postleitzahl: 68165

NUTS-3-Code: *Mannheim, Stadtkreis* (DE126)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

E-Mail: vergabe@rnv-online.de

Telefon: +49 6214651730

Fax: +49 6214653111

Internet-Adresse: <https://www.rnv-online.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe

Identifikationsnummer: 1d8ddb29-ca75-433e-ace2-8ea30f3e66c1

Abteilung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

NUTS-3-Code: *Karlsruhe, Stadtkreis* (DE122)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Identifikationsnummer: eaf7ad94-04c8-477c-9f90-dfab11736d1a

Abteilung: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

Postanschrift: Möhlstraße 27

Ort: Mannheim

Postleitzahl: 68165

NUTS-3-Code: *Mannheim, Stadtkreis* (DE126)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

E-Mail: vergabe@rnv-online.de

Telefon: +49 6214651730

Fax: +49 6214653111

Internet-Adresse: <https://www.rnv-online.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: f56d2720-f523-49e2-9ffd-e5bf20e8b326-01

Hauptgrund für die Änderung: *Korrektur – Beschaffer*

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 822b4960-1447-415e-9695-e70979aec30d - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 07/11/2025 12:17 +01:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*